

Die Entscheidung des Ober-Tribunals,
nach welcher Schmähungen und Beleidigungen, welche sich
Landtagsmitglieder durch Reden im Hause etwa zu Schulden
kommen lassen, nicht unter allen Umständen vor gerichtlicher
Verfolgung geschützt sein sollen, ist bisher im Wortlaut und
in der näheren Begründung noch nicht bekannt geworden.
Nichtsdestoweniger hat sich die Fortschrittspartei im Abge-
ordnetenhaus durch die vorläufige Kunde von dem Beschlusse
des höchsten Gerichtshofes zu einem Antrag veranlaßt ge-
funden, laut welchem das Abgeordnetenhaus die Erklärung
beschließen soll:

1) Der Antrag der Staatsanwaltschaft auf gerichtliche Ver-
folgung von Abgeordneten wegen ihrer Reden im Abge-
ordnetenhaus, so wie die Zulassung dieses Antrages von
Seiten des höchsten Gerichtshofes enthalten keine Ueber-
schreitung der amtlichen Befugnisse der Staatsanwalts-
schaft und der Gerichte und einen den Artikel 84 der
Verfassung verletzenden Eingriff in die Rechte des Ab-
geordnetenhauses.

2) Das Haus der Abgeordneten erhebt zur Wahrung seiner
Rechte Protest gegen diesen Eingriff und gegen die
Rechtsgültigkeit eines jeden Verfahrens und jeder Ver-
urtheilung, welche in Folge dieses Antrages und ähnlicher
Anträge der Staatsanwaltschaft gegen seine Mitglieder
ergehen möchten.

Gleichzeitig wurde vorgeschlagen, diesen Antrag in der
kürzesten Weise, nämlich durch eine sogenannte Schlußbe-
rathung im Hause zu erledigen. Hiergegen erhob sich auch
von einzelnen Liberalen lebhafter Widerspruch. Ein bekannter
Fortschrittsmann, der Abgeordnete Gneist, äußerte unter
Anderem:

„Das Verhältniß dieses Hauses und ebenso das der
gerichtlichen Behörden ist ein solches, daß es nochmals und
nochmals überlegen muß, um in Betreff der Fassung eines
Beschlusses in's Klare zu kommen. Ich glaube, daß dieser
Gegenstand sich zu mündlicher Schlußberatung weniger eignet,
als irgend einer.“

Noch bestimmter erklärte der ehemalige Minister Graf
Schwerin: seiner Ansicht nach gehöre nur der zweite Theil
des Antrages überhaupt vor das Abgeordnetenhaus; denn
er halte letzteres nicht für befugt, über Gerichte und Staats-
anwaltschaft einen Ausspruch zu thun, — es habe sich nur
mit der Verfassungsfrage zu beschäftigen. Um Alles reiflich
zu erwägen, sei er daher für die Vorberatung des Antrages
in einer Kommission.

Trotzdem setzte die Mehrheit den Beschluß durch, diese
bedenkliche Angelegenheit, ohne erst die Beratung und den
schriftlichen Bericht einer Kommission abzuwarten, durch eine
bloße mündliche Schlußberatung im Hause selber kurzweg
abzuthun.

Die Verhandlung darüber soll am nächsten Freitage
stattfinden, und unterliegt es keinem Zweifel, daß die Mehr-
heit dem vorgeschlagenen Beschlusse beitreten werde. Aller-
dings würde auch dieser Beschluß nach der Verfassung absolut
unberechtigt und völlig wirkungslos sein.

Artikel 86 der Verfassung bestimmt ausdrücklich und
durchaus klar:

„Die richterliche Gewalt wird im Namen des Königs
durch unabhängige, keiner anderen Autorität als der des
Gesetzes unterworfenen Gerichte ausgeübt.“

So wenig wie irgend eine andere Klasse von Staats-
bürgern befugt ist, gegen rechtskräftig erlassene richterliche
Entscheidungen Protest oder Verwahrung einzulegen, ganz
ebenso wenig ist hierzu das Abgeordnetenhaus berechtigt.

Die beiden Häuser des Landtages üben in Gemeinschaft
mit der Krone die gesetzgebende Gewalt, — in die richter-
liche Gewalt aber, welche die vorhandenen Gesetze auf die
einzelnen Fälle anzuwenden hat, dürfen die beiden Häuser
ebenso wenig eingreifen, wie es der Krone zusteht.

Es ist dies ein so unzweifelhaft feststehender Grundsatz,
daß nur eine leidenschaftliche Parteilagerung ihn mißachten
könnte. Es wäre ein gradezu revolutionäres Beginnen, ein
verhängnisvolles Beispiel der Auflehnung gegen die in der
Verfassung geordneten Gewalten. (Pr.-Korr.)

Deutschland.

Posen, 6. Februar. Hier werden jetzt, wie der „Fr. Post-
Ztg.“ berichtet wird, außerordentliche Vorbereitungen zum Empfange
des neuen Erzbischofs gemacht, mit dem, wie die polnische Bevöl-
kerung hofft, für dieselbe eine neue Ära beginnen soll. Fünfhun-
dert Geistliche aus der Provinz werden zu seinem Empfange hier
versammelt sein, und der gesammte Adel, der des Karnevals wegen
hier schon anwesend ist, will bis zu seiner binnen 3 Wochen er-
warteten Ankunft hier verbleiben.

Leipzig, 6. Februar. Vorgestern Morgen wurde auf der
Berliner Eisenbahn glücklicherweise noch rechtzeitig eine Entdeckung
gemacht, die eine kaum glaubliche Bösartigkeit und den Versuch
eines, Gott sei Dank, seltenen Verbrechens dokumentirte. Ein
Feuermann, der früh 4 Uhr die Bahnstrecke vom Berliner Bahn-
hofe aus beging, fand dort an mehreren Stellen den Telegraphen-
draht, vermittelst dessen die Abfahrt und Ankunft der Züge signa-
listet wird, durchschnitten. Auf seine sofortige Anzeige forschte man
weiter nach, und es stellte sich das Ergebnis heraus, daß auf der
ganzen Strecke der Bahn vom Bahnwärterhäuschen Nr. 27 bis
Nr. 29 der erwähnte Telegraphendraht ruiniert und unbrauchbar
gemacht worden war. Außer daß der Draht zerschnitten gefunden

wurde, hatten Bösewichter denselben auch an den Signalthürmchen
aus den Glocken herausgedreht und losgerissen. Weiter fand man
zwischen den Bahnwärterhäuschen Nr. 27 und 28 den Telegraphen-
draht über das Fahrgeleis gezogen und an der anderen Seite an
Schienenknägel mit größtmöglicher Gewalt befestigt und in die Erde
hineingetrieben. Aber noch nicht genug dieser allem Anschein nach
nur auf ein vielleicht schreckliches Bahnunglück berechneten Bosheit,
man entdeckte ferner noch ebenfalls auf derselben Strecke zwischen
den beiden erwähnten Bahnwärterhäuschen, daß zwei Eisenbahn-
schienen, jede vier Centner schwer, quer über das Fahrgeleis ge-
legt waren. Der letzte Zug war Nachts 12 Uhr ohne Schaden
hier angekommen; der nächste geht 5¼ Uhr früh von hier ab.
Durch die in der That erfolgte Entdeckung war einem Unglücksfalle
vorgebeugt worden.

In **Heidelberg** fand am 2. d. M. eine Versammlung des
Ortsprotestanten-Vereins statt. Gegenstand der Vorträge und
Verhandlungen war die obligatorische Civilehe. Die Verhandlun-
gen, an denen Zittel, Bluntzsch, Rau, Schellenberg, Pagenstecher
u. Theil nahmen, endete mit einstimmiger Annahme der von Zit-
tel aufgestellten und begründeten Sätze: „Die Einführung der
obligatorischen Civilehe ist in jedem Staate, der sich zu dem Grund-
satz der Religionsfreiheit bekennt, a) für die Staatsangehörigen
ein unabwieslicher Rechtsanspruch, b) für den Staat selbst eine
Nothwendigkeit zur Behauptung seiner Selbstständigkeit, c) für die
Kirche eine Bedingung einer erfolgreichen Wirksamkeit auf dem ihr
zugehörigen Gebiete.“

Aus **Süddeutschland**, 6. Februar, schreibt man der
„Voss. Ztg.“: Sie wissen aus gewissen Wiener Korrespondenzen,
daß die „Condescendenz“ Oesterreichs gegen Preußen in der Her-
zogthümerfrage ihr Ende erreicht haben soll, daß das österreichische
Biergrafen-Ministerium geharnischt gegen Berlin Front zu machen
entschlossen ist. An dem Antrage, so „ins Reich“ zu schreiben,
zweifelt kein Mensch, dagegen ist der Unglaube an die Thatfache
selbst noch immer unerschütterlich. Auch geben die Herolde der
Wiener Tapferkeit in der allerjüngsten Zeit wieder eine kleine Ver-
söhnungsschwelung nach Berlin hin zu; aber die Motivierung dieser
Schwenkung ist über alle Maßen kostbar. Kennen Sie diese Mo-
tivierung noch nicht, — so lauschen Sie und hören, daß daran
Niemand anders Schuld ist als — Hr. Mez von Darmstadt!
Das hängt aber angeblich also zusammen. Auf der Massenver-
sammlung zu Altona hat Hr. Mez seine bekannte große Rede über
die Einheit Deutschlands zum 1001. Male gehalten: Preußen an
die Spitze Deutschlands, aber nicht das „jetzige“ Preußen; folglich
muß auch Schleswig-Holstein gegen Hr. v. Bismarck stehen und
seinen Sturz mit bewirken. Dann kommt das „richtige“ Preußen,
und dann ist Deutschland und den Elbherzogthümern auf einmal
geholfen. Diese Rede nun, welche die Schleswig-Holsteiner längst
kannten, war in Oesterreich neu; der Kaiser Franz Joseph soll sie
zum ersten Male gelesen haben. Er ließ den Grafen Mensdorff
zu sich kommen und soll geäußert haben: Da wäre ja Oesterreich
ein Thor, gegen den Grafen Bismarck zu operiren, wenn mit dessen
Sturze Preußen an die Spitze Deutschlands trete. Viel geräthener
dürfte es doch sein, einen solchen Mann in alle Wege am Sturze
zu erhalten und so Oesterreichs Stellung in Deutschland zu kon-
serviren. Eine solche Wirkung hätten sich wohl die Reisprediger
des Nationalvereins noch nie geträumt!

Wien, 5. Februar. Auf telegraphischem Wege sind die
Kinder des Barons Rothschild nach Wien berufen worden, und
auch bereits hier eingetroffen. Der Baron ist nämlich sehr gefähr-
lich erkrankt und steht das Aeußerste zu befürchten. Seinem jün-
gsten Sohne, der vor Kurzem das sechzehnte Lebensjahr erreichte,
hat er bei diesem Anlasse eine Summe von 300,000 Gulden an-
gewiesen, welche den Stod seines Privat-Vermögens zu bilden
haben.

— Graf Larisch veranstaltete gestern in seinem Palais ein
Ballfest, wobei die hiesige Aristokratie zahlreich vertreten war, da-
gegen glänzte die hiesige Ananoe durch ihre Abwesenheit. Alle die
Herren, welche zur Zeit Bruck's und Plener's in dem Palais des
Finanz-Ministeriums als tägliche Gäste aus- und eingingen, hatten
mit sehr wenigen Ausnahmen keine Einladung erhalten.

Ausland.

Aus dem **Saag**, 6. Nov., wird der Tod des Marinemini-
sters Hupffen van Rattendyk gemeldet. Der Verstorbene hatte ein
Alter von 50 Jahren erreicht.

Da Franzen van de Putte Anfangs mit der Bildung eines
neuen Kabinetts nicht vom Flecke kommen konnte, so hat er den
König bewogen, zu gestatten, sich um den Eintritt des angesehenen
Mitgliedes der zweiten Kammer, van Bosse, zu bemühen, der die
Finanzen übernehmen solle, die er früher schon einmal verwaltet
hatte. Nach dieser Wendung hat de Bries sich geneigter gezeigt,
das Innere, Oerffema das Innere zu übernehmen. Die Freunde
Thorbecke's beschuldigen Franzen van de Putte der Mänke und
Bösartigkeit, während die Anhänger des letzteren behaupten, mit
Thorbecke sei nicht mehr auszukommen, der Mann sei alt und
eigenfinnig u. s. w. Die Arnheim'sche Courant und das Nieuwe
Rotterdam'sche Courant sind die Organe dieser gegenseitigen Vor-
würfe.

Paris, 5. Februar. Der Ball der preussischen Botschaft
hat noch ein ernstliches politisches Nachspiel erlebt. Als um ein
Uhr morgens die erste Serie der Gäste sich zum Souper begab,
hatten die Personen, welche die Honneurs machten, im Orange ih-
rer Verrichtungen unterlassen, den spanischen Botschafter an seinen
Platz zu führen. Die großen Säle leeren sich nach und nach,
Marquis de Leyma wartet und wartet, Niemand nimmt von ihm
Notiz. Eine Zeit lang unterdrückt der Spanier seine Ungebuld
und stolziert im Thronsaal auf und nieder, um ja, wenn Graf

Golz ihn suchen komme, sogleich gefunden zu werden, aber wer
nicht kommt, ist Graf Golz. Nach einer guten Weile erst erscheint
eine untergeordnete Person des Hauses, um einige Worte der Ent-
schuldigung zu sagen. Da reißt dem Marquis die Geduld und
mit den Worten: „Sagen Sie Ihrem Herrn, daß dies nicht die
Art ist, einen Botschafter der Königin von Spanien zu empfangen“
verläßt er das preussische Hotel. Am anderen Morgen schickte
Graf Golz seinen Sekretär mit dem Auftrage, dem Marquis von
Leyma die nöthigen Erplikationen zu geben, in die spanische Bot-
schaft. Allein der Marquis glaubte diese Art, Satisfaktion zu ge-
ben, nicht gelten lassen zu dürfen und er entzündete seinerseits einen
seiner Freunde, einen französischen General, mit einer Herausfor-
derung auf Pistolen zum Grafen Golz. Glücklicherweise war der
Konflikt inzwischen im diplomatischen Korps ruckbar geworden, und
es gab ein großes Hin- und Herfahren zwischen der Rue Grenelle,
der Rue de Lille und dem Quai d'Orsay, und nach vierundzwanzig
Stunden war mindestens die Gefahr, zwei Botschafter, Männer von
mehr als reiferem Alter sich auf Leben und Tod duelliren zu sehen,
beseitigt.

Paris, 6. Februar. Die Pariser sind ein geduldiges Völk-
chen geworden oder müssen doch auf dem Papier dafür gelten.
Das Inspirationsystem, das nicht bloß im Inlande, sondern auch
in Newyork und Mexiko organisiert ist, wirkt, und Montholon's
furchtbare Entrüstung in der „Newyork Times“ und im „Courrier
des Etats-Unis“ gegen die Flibustier am Rio Grande thut Wun-
der der Beruhigung auf dieser Seite des großen Bassers. „Wer
an diesen Flibustierzügen sich betheiligt, stempelt sich dadurch zum
Räuber und verdient wie ein Räuber zu enden!“ ruft die „New-
york Times“ entrüstet aus. Es giebt aber viele Amerikaner, die
anders philosophiren und die von der französischen Intervention
gleichfalls wie von einer großartigen Flibustade reden und vermei-
nen, man müsse den Teufel mit Beelzebub austreiben, den Raub-
zug eines Monarchen mit Raubzügen einer Nation. Doch wie
dem auch sei, Frankreich hat heute einen Erfolg seiner auswärtigen
Politik zu registriren, der „eine wirkliche Tragweite hat“, um
mit der „France“ zu reden: „Die Hovas haben endlich die seit
geraumer Zeit von der Madagaskar-Kompagnie verlangte Geldent-
schädigung gezahlt; es ist dies das erste Mal, daß die Hovas mit
Geld herausrücken.“ Die Hovas werden sich jedoch, wie dies ihre
Gewohnheit ist, schon wieder zu entschädigen wissen.

— Das päpstlich-merikanische Konkordat ist durchaus seinem
Abschlusse nicht so nahe, als gewisse übereifrige Stimmen neulich
versicherten. Im Gegentheil erzählt man, daß der heilige Vater
jüngst erst noch mit Bezug auf die Dekrete Maximilians, die Kir-
chengüter betreffend, geäußert habe: „Er könne doch unmöglich in
Mexiko gutheissen, was er in Italien so streng tadelt!“

— Der Abg. Talabot begab sich in seiner Eigenschaft als
Direktor der Sociétés générales in diesen Tagen nach Wien und
Triest, um einen Vertrag mit der österreichischen Regierung, betref-
fend Triester Hafenbauten, zum Abschlusse zu bringen.

Von der polnischen Grenze, 6. Februar. Aus sonst
gut unterrichteter Quelle geht mir die Nachricht zu, daß die rus-
sische Regierung im Königreich Polen und in Wolhynien die Zu-
sammenziehung einer bedeutenden Truppenmacht an der galizischen
Grenze angeordnet hat und dort die Bildung eines Lagers von
40,000 Mann beabsichtigt. Zu welchem Zwecke diese kriegerischen
Anordnungen erfolgen, ist schwer zu sagen. Auch Seitens der
österreichischen Regierung ist eine bedeutende Verstärkung der Kra-
kauer Garnison angeordnet worden.

Landtags-Verhandlungen.

Berlin, 8. Februar. (Haus der Abgeordneten.)
6. Sitzung. Präsident Grabow; Eröffnung 1 Uhr 10 Minuten.
Am Ministertisch: v. Roon und Graf Ikenplih und mehrere
Regierungs-Kommissarien.

Der Präsident theilt das Resultat der heute stattgehabten
Kommissionenwahlen mit. Es sind gewählt: 1) für die Kommis-
sion zur Vorberatung der Marine-Vorlage die Abgg. Jung, Bir-
chow, Wähler, Cornely, Dunder, v. Sauten - Tarputsch, Kerst,
Hinrichs, Kreuz, Pieker, Harfort I., Frese (Minden), Rosch, Kropfch,
Schmidt (Radow), Papendiek, Stavenhagen, v. Carlowitz, Schulze
(Berlin), Mühlentbed und Richter. Vorsitzender ist der Abgeord-
nete von Carlowitz, dessen Stellvertreter Dr. Rosch, Schrift-
führer Cornely und dessen Stellvertreter: Pieker; 2) zur Vor-
beratung des Gesetz-Entwurfes, betreffend das Güterrecht der Ehe-
gatten im Bezirke des Justiz-Senats zu Ehrenbreitenstein, die Abgg.
Hahn, Dahmann, Bering, Frech, v. Beugsen, Westermann, Beter,
Pene, Winkelmann, Henrici, Fischbach, Riesenstahl und von Klein-
hagen. Vorsitzender ist Frech, dessen Stellvertreter v. n. Beug-
sen, Schriftführer Riesenstahl und dessen Stellvertreter von
Kleinhagen.

Der Präsident theilt den Eingang mehrerer Zustim-
mungs-Telegramme und mehrere gegen seine Rede gerichtete Tele-
gramme mit.

Der Handelsminister Graf Ikenplih überreicht einen Gesetz-
Entwurf, betreffend die Ausdehnung des Verkehrs der preussischen
Bank. Die Staatsregierung ist, so fügt der Minister hinzu, nach
wie vor der Ansicht, daß eine Ausdehnung der Geschäfte der Bank
förderlich sein wird. Sie hat es daher für ihre Pflicht gehalten,
den Gesetz-Entwurf vorzulegen. Er unterscheidet sich von dem im
vorigen Jahre dem Hause vorgelegten nur dadurch, daß die Staats-
regierung proponirt, die Autorisation zu ertheilen, daß die Theil-
nahme der Aktionäre bei der Bank bei 5 Millionen erhöht werden
möge. — Der Gesetz-Entwurf wird auf Antrag des Abg. Röpell
durch 7 Mitglieder verstärkter Kommission für Handel und
Gewerbe überwiesen. — Demnächst wird in die Tagesordnung

